

## Rede zur Kreistagssitzung am 17.12.2007 Haushaltssatzung 2008 (es gilt das gesprochene Wort)

S.g. H. Velten,  
s. g. D. u. H.

Das Kernproblem unseres Haushalts ist wie seit Jahren eine katastrophale Unterfinanzierung des Kreishaushaltes. Die Verschuldung schränkt jede politische Initiative zum Wohle unserer Bürger für die nächsten Jahrzehnte ein.

Vor diesem Hintergrund, den wir alle seit Jahren kennen, endlich mal ein Lichtblick. Herr Velten, sie haben die Verbesserung der Kreisfinanzen diesmal offensiv angegangen, und nicht, wie in manchen der letzten Jahre, frühzeitig resignativ klein beigegeben. Sie kämpften in diesem Jahr etwas besser um die Erhöhung der Kreisumlage und drohten ganz offen mit der Beschneidung von Investitionen. Mich hat das gefreut, zumal Sie ja doch bei manch anderer Entscheidung von Ihren Genossen schon mal allein gelassen werden.

Jetzt lassen SPD und Partner den Landrat endlich nicht im Regen stehen. Beide wollen schon heute einer Erhöhung der Kreisumlage um immerhin 1 % zustimmen. Das ist doch endlich einmal ein Fortschritt. Das lästige Spielchen mit der ADD, wie wir es in den letzten Jahren immer wieder erlebt haben, entfällt – vielleicht – wenn die Erhöhung der ADD ausreichend erscheint.

Denn die Frage ist: Reicht das, was heute an zusätzlichen Einnahmen beschlossen werden soll? Muss nicht doch etwas mehr eingenommen werden, damit die ADD zufrieden ist? Wie kann der Kreis angemessen an den sprudelnden Einnahmen der Gemeinden partizipieren?

Sie verfolgen es sicher in den Zeitungen: Die Einnahmesituation der Gemeinden verbessert sich zur Zeit weiter. Die finanziellen Rücklagen der Gemeinden wachsen weiter an. Ende 2003: 14,6 Mio. Euro, Ende 2006: 22,8 Mio Euro, knapp 60 % in 3 Jahren). Einzelne VGs überlegen, die Umlage zu senken.

Der Kreis profitiert aber nur geringfügig von vermehrten Steuereinnahmen. Er muss mehr Geld für die Sozialleistungen, für Schulen und andere Dinge ausgeben. Wie heißt es so erschreckend im Vorbericht zum diesjährigen Haushalt (Zitat):

*„Die Aufwendung für die soziale Sicherung in Höhe von 97 Mio. Euro machen rund 64 % der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes aus“.*

Also, meine Damen und Herren, knapp 2/3 des Kreishaushaltes werden für die soziale Sicherung aufgewandt – und das ist bedeutend für alle Bürgerinnen und Bürgerinnen, auch in den Gemeinden vor Ort!

Aber der Landkreis hat neben der Jagdsteuer nur die Kreisumlage als Einnahmequelle, die er selbst steuern kann.

Gestatten Sie einen Exkurs: In unsere Fraktionssitzung zum diesjährigen Haushalt wurde darüber diskutiert, dass Kreistag und Kreisausschuss doch etwas zu stark von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dominiert werden. Daneben finden sich zahlreiche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Selbstständige (Rentner bleiben mal außen vor) sind nur zu einem geringen Anteil vertreten. Für viele – und auch mir ist es im letzten Jahr mehrfach so ergangen - ist der Aufwand, den kommunalpolitisches Engagement erfordert, neben der beruflichen Tätigkeit, nicht leistbar. Wir haben darüber spekuliert, dass den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern meistens mehr am Wohl ihrer Gemeinden gelegen ist und sie das Wohlergehen des Kreises vielleicht eher zweitrangig sehen.

Deshalb ist es aus unsere Sicht wünschenswert, wenn die Sitzungen des Kreisgremien nicht mehr am hellichten Nachmittag stattfinden, sondern eher gegen Abend, damit auch andere Berufsgruppen stärker in die Kreispolitik eingebunden werden können. Auf Gemeindeebene funktioniert das doch auch.

Wir bitten alle Parteien, diesen Aspekt im kommenden Jahr, ein Jahr vor den Kommunalwahlen, mal näher zu diskutieren mit dem Ziel,

- verstärkt breiten Sachverstand aus mehr Berufsgruppen in die Kreisgremien zu bekommen
- bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu schaffen,
- und damit künftig nicht nur eine Versammlung aus öffentlichen Bediensteten als Kreistag oder Kreisausschuss zu bekommen.

Zurück zum Thema:

Wir hatten in den vergangenen drei Jahren angeregt, eine progressive Umlageerhebung durchzurechnen. Herr Ryschawy und sein Team haben dies dankenswerter Weise wieder gemacht. Die Modellrechnung für 2008 zeigt, dass durch eine progressive Kreisumlage rund 827.000 € als Einnahmen für den Kreis zu erzielen wären.

Während eine allgemeine Anhebung auch die ärmsten der armen Gemeinde treffen würde, könnte bei einer progressiven Umlageerhebung diese armen Gemeinden etwas verschont werden. Nur die Städte und Gemeinden mit hohen Steuereinnahmen würden etwas stärker zur Kasse gebeten. Größte Einzahlerin dieser progressiven Umlage wären dann in diesem Jahr die Stadt Bad Kreuznach, die ohnehin schon viel vom Kreis bekommt, und, man/frau glaubt es kaum, Kirn als zweitgrößter Einzahlerin, gefolgt von der Ortsgemeinde Langenlonsheim. Neben einer Einnahmeerhöhung könnte durch diese Maßnahme dauerhaft eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden und die Stärkeren trügen etwas von der Last der Schwachen mit. Der Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit einer progressiven Erhöhung ist absurd, es sei denn man wolle unterstellen, dass alle schwachen Gemeinden Opfer ihrer schlechten Entscheidungen und die starken Nutznießer ihrer Klugheit und Voraussicht seien.

Sehr geehrter Herr Velten, angesichts der desolaten Haushaltslage beantragen wir, die progressive Kreisumlageerhebung nach § 25 Abs. 2 Nr. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz einzuführen, wie sie in der Modellrechnung der Verwaltung vorgelegt wurde. Gleichzeitig soll die Kreisumlage nur um 0,5 % angehoben werden.

Dies würde Einnahmen von rund 590.000 plus 827.000 Euro = 1,417 Mio. Euro bringen. Damit würden wir der Forderung, die Kreisumlage auf Landesdurchschnitt anzuheben, gerecht. Den geplanten Investitionen, insbesondere im schulischen Bereich, stünde nichts mehr im Wege. Verschuldung und Tilgungsaufwendungen würden so etwas gemindert.

Unser Vorschlag ist also im Hinblick auf seine finanziellen Auswirkungen noch weitergehend als der der Genossen und er baut zusätzlich noch einen Gerechtigkeitsfaktor in die unvermeidbare Belastung der kreisangehörigen Gemeinden ein.

Wir bitten Sie, diesen mündlichen Antrag gleich zur Abstimmung zu stellen.

Zur Begründung verweise ich auf den Text im Vorbericht, S. 31. :

Wie dort festgestellt, ist der Kreishaushalt von sozialen Transferleistungen geprägt, die exorbitant gestiegen sind. Doch die Soziallasten hat der Gesetzgeber den Landkreisen zugewiesen, damit eine solidarische Lastenverteilung möglich ist. Das müsste doch auch bei christlich geprägten

Politikerinnen und Politikern ankommen. Und das tut es auch:

Selbst einige Kommunalpolitiker haben inzwischen erkannt, dass die progressive Umlageerhebung gerechter ist und fordern sie auf Verbandsgemeindeebene.

Zahlreiche Kreise in Rheinland-Pfalz bedienen sich in den letzten Jahren der Möglichkeit zur „progressiven Umlageerhebung“.

Die progressive Umlage kann von den betroffenen Städten und Gemeinden ohne unzumutbare Einschnitte in ihre Leistungsangebote geschultert werden.

Die progressive Gestaltung der Kreisumlage kann nach dem Motto „Die Starken helfen den Schwachen“ zu einer gerechteren Verteilung der Lasten für die Ortsgemeinden und gleichzeitig zu einer Stärkung der Kreisfinanzen führen.

Und ein letztes Argument:

Die Realschule Plus: Die Finanzierung und organisatorische Umsetzung dieser Idee ist nach wie vor offen. Ich gehe davon aus, dass der Kreis – vorsichtig ausgedrückt - wieder finanziell gefragt sein wird. Doch ein Aspekt ist gravierender: Die Realschule-Plus wird zu einem Run auf die Gymnasien führen. Unsere Fraktion geht davon aus, dass sich die Gymnasien schon im kommenden Jahr vor Neuanmeldungen nicht retten können. Die Schulen werden aus allen Nähten platzen. Das Chaos wird groß. Containerfirmen können sich schon heute über Neuaufträge freuen. Also: Der Kreis braucht mehr Geld als im Haushaltsentwurf vorgesehen, besonders für den schulischen Sektor. Und das kann er nur über die Kreisumlage bekommen.

Zum Haushalt.

Über die insolvenzrelevanten Daten, wie Fehlbetrag und Verschuldungshöhe und Kreditrahmen, haben wir schon einiges gehört/gelesen. Auf das Vermögen des Kreises kann man sehr grob über die Abschreibungsdaten schließen. Als Unternehmer würde ich jetzt überlegen, wie ich die Situation verbessern kann. Wahrscheinlich nur durch Veräußerung von Vermögenswerten - doch da ist nicht mehr viel übrig. Kann der Kreis nicht die Realschulen an die Verbandsgemeinden veräußern, die ja künftig bei zurückgehenden Geburtenszahlen und Wegfall der Hauptschulen im Schulbereich nicht mehr viel zu tun haben? Ich stelle das mal als Frage in den Raum. Vielleicht denkt man/frau aus Landesebene ja auch mal in die Richtung.

Der Vorbericht ist gut und enthält viele interessante Informationen. Ich hoffe, er wird auch in den nächsten Jahren ausführlich bleiben. Zahlreiche Übersichten sollten künftig auch darin zu finden sein. Denn wir verlieren auf der anderen Seite durch die Einführung der Doppik viele Detailinformationen. So ist nicht mehr erkennbar, wie die Gelder im Detail fließen, d. h. z. B. welche Schule den höchsten Energiebedarf hat oder wie Zuweisungen auf verschiedene Empfänger verteilt werden.

Natürlich sollen wir als Hobby- oder Berufspolitiker jetzt mit der Doppik steuern und lenken, doch das ist erstens noch ungewohnt und zweitens kaum leistbar, wenn nur allgemeine Töpfe für verschiedene, vom Umfang her noch unklare „Produkte“, bekannt sind, und besonders dann, wenn die Produkte auch noch aus einer Gruppe von Leistungen bestehen.

Doch ich bin zuversichtlich, dass wir das neue System noch genauer begreifen und verinnerlichen, und das wir unsere Möglichkeiten kennen und umzusetzen lernen.

Herr Ryschawy, vielen Dank für ihre viele Arbeit im letzten Jahr.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danke ich an dieser Stelle ganz herzlich für ihre geleistete Arbeit. Sie haben es mit uns nicht immer einfach. Sie haben uns vielfach Informationen und Unterstützung gegeben, die wir für unsere Arbeit dringend benötigten. Vielen Dank dafür!

Gestatten sie mir zum Abschluss noch einen Ausblick: Während in Bali über die Lösung des größten Problems der Menschheit, den Klimawandel gesprochen wird, sollen in Bad Kreuznach aus vermeintlich architektonisch geprägten ästhetischen Überlegungen alte Bäume vor dem Kurhaus gefällt und gestutzt werden. Geht es der Stadt zu gut, dass sie für solch einen Blödsinn Geld ausgeben kann? Oder: In Steinhardt will seit fünf Jahren der vermutlich umsatzstärkste Straßenbauer in RLP über 14 ha Wald roden, weil er seit Jahren meint, ohne den Steinbruch nicht konkurrenzfähig bleiben zu können.

M. D. u. H.,

ich will darauf hinaus, dass wir uns in unserem zukünftigen Handeln mehr als bisher dem Klimawandel und dem Klimaschutz widmen müssen. Das fängt im Kleinen an. Wir können als Landkreis durchaus noch mehr leisten. Die Nutzung erneuerbarer Energien, bei Schulen, Turnhallen, Verwaltungsgebäuden und Liegenschaften lässt sich noch weiter forcieren. Die Verkehrsplanung kann bei drastisch steigenden Energiepreisen noch mehr auf Verkehrsvermeidung und den Ausbau des ÖPNV ausgerichtet werden. D. h. für uns auch, die Hunsrückbahn als Alternative zum Schulbus und zum Auto für die Bürgerinnen und Bürger im Guldenbachtal zugänglich zu machen. Sie darf nicht nur als reine Transitstrecke für falsch subventionierte und unökologische Luftfahrtunternehmen konzipiert werden.

Wir müssen uns auf mehr Starkregenereignisse einstellen. Und deshalb darf der Hochwasserschutz am Appelbach nicht noch weiter nach hinten geschoben werden.

Wir werden die Themen Klimawandel und Klimaschutz in den nächsten Jahren noch stärker zum neuen Maßstab für unser politischen Handeln machen müssen. D. h., wir müssen uns überlegen, wie wir leben wollen.

In diesem Sinne – eine besinnliche Weihnachtszeit!

Ludger Nuphaus